



CSU

6. März

Das
WAHLPROGRAMM
der
CSU

GEMEINSAM DEUTSCHLAND IN ORDNUNG BRINGEN

1. Mit Helmut Kohl und der Union meistern wir
die Zukunft
2. Wir schaffen Arbeit und stellen die soziale
Gerechtigkeit wieder her
3. Wir sichern Frieden und Freiheit
4. Wir halten an dem Ziel der deutschen und
europäischen Einheit fest
5. Wir wollen eine Gemeinschaft mit einem
menschlichen Gesicht

Wahlaufruf

1. Mit Helmut Kohl und der Union meistern wir die Zukunft

Am 6. März 1983 fällen die Wähler die politische Grundsatzentscheidung,

- ob eine starke Regierung der Mitte unter Führung der Union mit Bundeskanzler Helmut Kohl unser Land weiter aus der Krise führen kann,
- oder ob die Bundesrepublik Deutschland ohne regierungsfähige Mehrheit immer tiefer in die Krise treibt.

Mit dem Wechsel in Bonn und mit der Regierungsübernahme durch CDU, CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde der erste wichtige Schritt getan, Politik in Deutschland und für Deutschland wieder auf eine Grundlage des Maßes und des Möglichen, der Vernunft und der Verlässlichkeit zu stellen.

Mit der Regierung Helmut Kohl wird unser Land seine Bewährungsprobe bestehen. Sie liegt darin, die vier wichtigsten politischen Herausforderungen der achtziger Jahre entschlossen anzupacken und erfolgreich zu bewältigen:

- Arbeit zu schaffen und soziale Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen
- Frieden und Freiheit zu sichern
- das Ziel der deutschen und europäischen Einheit entschieden zu verfolgen
- eine Gemeinschaft mit einem menschlichen Gesicht zu verwirklichen

Das schlimme Erbe der SPD

13 Jahre einer verfehlten SPD/FDP-Politik haben die Bundesrepublik Deutschland in die tiefste wirtschaft-

liche, finanzielle und soziale Krise ihrer Geschichte gestürzt und damit die Gefahr einer großen politischen Krise für unseren Staat heraufbeschworen.

Massenarbeitslosigkeit, zerrüttete Staatsfinanzen und Firmenzusammenbrüche klagen die SPD an. Deren Schuldenpolitik war eine Todsünde gegen die soziale Gerechtigkeit. Zinsen und Zinseszinsen belasten die Zukunft in unerträglicher Weise.

Die SPD der siebziger Jahre hat Kollektivismus und Bürokratie gefördert. Mit der SPD ist deshalb nicht nur eine Regierung gescheitert, sondern auch die Irrlehre des Sozialismus.

Die SPD hat von sozialer Gerechtigkeit geredet, aber die Fundamente der sozialen Sicherheit erschüttert.

Die Politik der SPD hat die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel schwer angeschlagen.

Die von der SPD geführten Bundesregierungen haben der Regierung Helmut Kohl ein katastrophales Erbe hinterlassen. Die SPD hat die Axt an die Wurzel der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit gelegt, sie hat die kommenden Generationen ausgebeutet. Wenn wir nicht sofort gehandelt hätten, wäre die Rentenversicherung zusammengebrochen, wäre die Bundesanstalt für Arbeit 1983 mit 13,3 Milliarden Mark ins Defizit geraten: noch nicht einmal das Arbeitslosengeld wäre bei der SPD gesichert gewesen. Was die SPD hier angerichtet hat, ist ein sozialer Skandal.

Die alte Regierung Schmidt/Genscher ist an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert und an ihrer Unfähigkeit, die schweren wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen

Probleme unseres Landes zu lösen. Die Mehrheit der FDP hat aus dieser unhaltbaren Situation - wenn auch spät - die notwendigen Konsequenzen gezogen. Die Union ist die einzige politische Kraft, die unser Land aus der Krise führen kann.

In der SPD streiten Sozialdemokraten, Marxisten und Rotgrüne. Deshalb ist die SPD nicht handlungs- und damit auch nicht regierungsfähig. Einer solchen Partei kann das Schicksal unseres Landes nicht noch einmal anvertraut werden.

Ein rotgrüner Pakt wäre für die Bundesrepublik Deutschland lebensgefährlich.

Der politische Neuanfang der Regierung Helmut Kohl

CDU und CSU haben mit der Regierung Helmut Kohl einen neuen politischen Anfang gemacht und damit ein neues Kapitel im Buch der deutschen Geschichte aufgeschlagen. Mit uns geht es wieder aufwärts.

Unser Volk braucht Gemeinsamkeit statt Klassenkampf

Es muß Schluß sein mit Parolen, die einen Teil des Volkes gegen den anderen aufhetzen. Niemand kann die Probleme allein lösen: weder die Unternehmer noch die Gewerkschaften, weder Arbeitnehmer noch Selbständige, weder die Jungen noch die Alten. Keiner wird ohne den anderen - oder gar gegen ihn - erfolgreich sein. Unser Volk kann nur miteinander und nicht gegeneinander Erfolg haben.

Deshalb setzt die Regierung der Mitte auf Partnerschaft und Gemeinsamkeit, und deshalb werden wir auch

in Zukunft die notwendigen Opfer und Anstrengungen, die durch die SPD-Politik erzwungen worden sind, von allen Schichten der Bevölkerung fordern.

Wir brauchen die Solidarität der Generationen

Keine Generation lebt für sich allein. Wir haben der Nachkriegsgeneration, unseren Müttern und Vätern, viel zu verdanken. Wir haben auch nicht das Recht, unsere Nachkommen auszubeuten. Rücksicht auf unsere Kinder und Enkel ist der eigentliche Grund für unsere solide und sparsame Haushaltspolitik.

Die Union hat durch die Soziale Marktwirtschaft eine beispielhafte Wirtschafts- und Sozialordnung aufgebaut. Die SPD hat diese große Leistung unseres Volkes verwirtschaftet. Wir werden jetzt unter veränderten Bedingungen die Soziale Marktwirtschaft erneuern und so die Zukunft unseres Landes wieder auf stabile Grundlagen stellen. Mit dieser Politik geben wir den jungen Menschen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft: einer jungen Generation, der die SPD viel versprochen und wenig gebracht hat.

Dazu brauchen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung, ohne den wir das soziale Netz nicht festigen können. Aber wir wissen auch, daß der Mensch nicht nur materielle Interessen hat. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Aufgabe der Wirtschaft ist es, die materiellen Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben in Freiheit zu schaffen. Ein menschliches Leben braucht aber auch Werte wie Heimat, Geborgenheit, Nächstenliebe, Freundschaft, Mut, Vertrauen und schöpferisches Tun. Wir müssen lernen, mit Energie und Rohstoffen, mit unserer

Natur insgesamt behutsam, mit unseren Steuergeldern haushälterisch umzugehen.

Wir leben in einer Zeit, in der Fortschritt mehr sein muß als nur eine Vermehrung materieller Güter. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Mensch und Wirtschaft, Mensch und Natur, Gegenwart und Zukunft.

2. Wir schaffen Arbeit und stellen soziale Gerechtigkeit für alle wieder her

Als im Jahre 1969 SPD und FDP unter Brandt von uns die Regierung übernommen hatten, waren die Arbeitsplätze sicher, die Staatsfinanzen geordnet und die soziale Sicherheit gewährleistet. 1969 konnte ein Arbeit-suchender zwischen vier offenen Stellen wählen, die Wirtschaft blühte, eine Neuverschuldung gab es nicht. Dieses Kapital wurde verwirtschaftet. 13 Jahre SPD-geführte Regierung - die Folgen dieser Politik sind bekannt: Massenarbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Konkurse, zerrüttete Staatsfinanzen und Inflation.

Sozialisten können mit dem Geld der Bürger nicht umgehen und verstehen nichts von Wirtschaft: während alle Regierungen der CDU/CSU von 1949 bis 1969, also in zwanzig Jahren, nur 14 Milliarden Mark Schulden für die Deckung des Haushaltes aufgenommen hatten, mußte allein der frühere Kanzler Helmut Schmidt in acht Jahren von 1974 bis 1982 200 Milliarden Mark aufnehmen. Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß nahm 1969 keine einzige Mark Kredit auf und zahlte im gleichen Jahr, das obendrein ein Wahljahr war, nahezu 1,3 Milliarden Mark Schulden zurück. Die Staatsfinanzen waren

in bester Ordnung. Die soziale Sicherheit war gewährleistet. Eine blühende Wirtschaft erzeugte große Wachstumsraten ohne Inflation.

Nur eine Umkehr zu wirtschaftlicher Stabilität, zu solider Finanz- und zielgerichteter Sozialpolitik kann die Folgen der Fehlentwicklungen der siebziger Jahre wieder gutmachen, mit dem Raubbau zu Lasten der kommenden Generation aufhören, Arbeitsplätze schaffen und die wirtschaftliche Talfahrt beenden.

Die Regierung Helmut Kohl hat ihr Dringlichkeitsprogramm verwirklicht. Es stellt die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Wir wissen: Keine Politik kann die gewaltigen Hypotheken der Vergangenheit kurzfristig tilgen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben aber auch nichts auf morgen, was wir heute leisten können.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

Wir haben

- mit einem soliden Haushalt die finanzpolitische Wende eingeleitet;
- dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben;
- kleine und mittlere Betriebe steuerlich entlastet;
- die Rentenversicherung vor dem Zusammenbruch gerettet;
- die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt.

Die ersten Erfolge unserer Politik werden sichtbar:

- Die Mark gewinnt an Stabilität und nimmt an Wert zu.
- Die Geldentwertung geht zurück.
- Die Zinsen sinken.
- Die Bauanträge haben sich verdoppelt.

Die Menschen fassen Vertrauen. Die Weichen für den Aufschwung sind gestellt.

Die dramatische Situation, die die SPD verschuldet hat, erfordert besondere Maßnahmen.

Die Steuer- und Abgabenlast ist in den letzten Jahren für Arbeitnehmer und Betriebe ständig gewachsen. Durch eine Politik der Wirtschaftsbelebung und der Sparsamkeit wollen wir diese Entwicklung beenden und gezielte steuerliche Entlastungen ermöglichen.

Wir werden

- 1.-ab 1. Januar 1984 vor allem für den Mittelstand die ertragsunabhängigen Steuern senken,
- 2.-die rechtlichen und steuerlichen Bedingungen für Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbessern und
- 3.-die Leistung der Familien wie der allein erziehenden Mütter und Väter für ihre Kinder steuerlich wirksamer berücksichtigen.
4. Wir werden einen neuen, die Bürger entlastenden Tarif für die Lohn- und Einkommensteuer vorbereiten. Er soll in Kraft gesetzt werden, sobald die vorrangige Aufgabe einer erheblichen Verringerung der Neuverschuldung gelöst ist.
5. Wir werden parallel zur Entlastung der Betriebe Steuersubventionen abbauen. Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsformen sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen.

6. Wir werden bessere steuerliche Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattung und Investitionsfähigkeit der Unternehmen schaffen.
7. Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfe-Abgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern.
8. Wir bekämpfen Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wer - wie die Rot-Grünen - Wirtschaftswachstum bekämpft, zerstört Arbeitsplätze und den sozialen Frieden.

Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wissen, daß sich Leistung wieder lohnt, wenn sie Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt.

Arbeitsplätze entstehen dann, wenn Kapital gebildet, Investitionen ermöglicht und so Nachfrage geschaffen wird.

Dazu müssen wir:

- Preisstabilität herstellen und erhalten;
- die öffentliche Neuverschuldung abbauen;
- die Bedingungen für Eigenkapitalbildung verbessern;
- die Neugründung von Unternehmen erleichtern;
- bürokratische Bremsklötze beseitigen.

Wir fördern die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und beteiligen die Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

In der neuen Legislaturperiode werden wir dazu einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einbringen, der sich an folgenden Leitlinien orientiert:

1. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollen so verbessert werden, daß die Anlage in Produktivkapital für den Arbeitnehmer interessanter wird.
2. Die Anlagemöglichkeiten sollen im Rahmen des 624,- DM-Gesetzes erweitert werden.
3. Es soll völlige Wahlfreiheit und Freiwilligkeit für den Arbeitnehmer einerseits bestehen, wo und wie er sein Geld anlegen will und für den Arbeitgeber andererseits, ob er seine Mitarbeiter am Unternehmen beteiligen will.
4. Die individuelle Vermögensbildung für Arbeitnehmer hat absoluten Vorrang vor anonymen Fond-Lösungen. Nur die persönliche Entscheidungsfreiheit und Verfügungsfähigkeit über Vermögensbeteiligungen entspricht unseren Vorstellungen von Eigentum.

Die Tarifparteien werden aufgefordert, in die Tarifverhandlungen auch vermögenspolitische Vereinbarungen einzubeziehen.

Wir werden die Umwelt schützen. Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck: die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen. Wir wissen, daß Staat und Wirtschaft Rücksicht nehmen müssen auf Mensch und Natur. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und unersetzbare Rohstoffe nicht vergeudet werden. Wir werden die Umweltschutznormen, wo notwendig, verschärfen und vor allem anwendbar gestalten. Wir werden Investitionen für den Umweltschutz fördern und den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes stellen.

Wir werden den Wald schützen und gegen das Baumsterben im Zusammenwirken mit der Wissenschaft ein Aktionsprogramm entwickeln. Für die Reinhaltung der Luft hat die Regierung Kohl erste entscheidende Maßnahmen getroffen, die vorher jahrelang verschleppt worden sind.

Die Land- und Forstwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Ernährung und zur Erhaltung der Kulturlandschaft und einer natürlichen Umwelt. Wichtige Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit ländlicher Räume ist eine wirtschaftlich gesunde und bäuerlich betriebene Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben auf der Grundlage eines breit gestreuten Bodeneigentums. Unser agrarpolitisches Leitbild ist der bäuerliche Familienbetrieb. Wir setzen uns auch deshalb ein für eine Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft, weil diese unsere Kulturlandschaft pflegt und sie abwechslungsreich gestaltet. Land- und Forstwirtschaft sind tragende Kräfte der Landschaftspflege.

Die uns von der SPD hinterlassene Arbeitslosigkeit kann nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Um aber möglichst bald möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen, brauchen wir auch den Mut zu neuen Wegen. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Wir beseitigen die Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als Arbeitslosigkeit. Der Verlust eines Arbeitsplatzes ist schmerzhaft. Aber von vorneherein keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz zu finden: das kann für ein ganzes Leben mutlos machen. Junge Menschen haben ein Recht darauf, daß ihre Bereitschaft zu Leistung und Verantwortung eine faire Chance erhält.

Wir werden die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit beseitigen, indem wir den wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen. Eine funktionierende Wirtschaft wird die Tatkraft der Jungen dringend brauchen.

Wir werden neue Lösungen entwickeln, um das Angebot an Ausbildungsplätzen zu sichern und zu erweitern. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Betriebe im Ausbildungsverbund zusammenarbeiten und so zusätzliche Plätze anbieten können. Die vorhandenen Ausbildungskapazitäten müssen - auch durch neue Wege - voll ausgelastet werden. Wir werden die Förderungsmöglichkeiten des Bundes auch dazu einsetzen, daß heimatferne Ausbildungsmöglichkeiten genutzt werden können, mit dem Ziel, der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit entgegenwirken zu können. Das Programm zur Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen wird weiter ausgebaut werden.

Praktische Fähigkeiten müssen auch schon in der schulischen Ausbildung gleiche Chancen haben wie theoretische Begabungen.

Wir wollen eine qualitative Arbeitsmarktpolitik

Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und in der Nächstenhilfe. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit. Sinnvolle Tätigkeiten gibt es auch außerhalb des Erwerbslebens.

In unserem Land gibt es noch viel zu tun, und gleichzeitig sind viele Menschen arbeitslos. Das ist die Schuld der Regierungen seit 1969, die mit ihrer Politik das volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Gleichgewicht zerstört haben. Mit diesen Widersprüchen unserer Zeit finden wir uns nicht ab. Hinzu kommt die Notwendigkeit, die gesetzlichen und bürokratischen Hemmnisse zur Beschäftigung von Arbeitslosen abzubauen.

Wir werden den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten.

Wir wollen, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dazu werden wir mehr Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung ermöglichen. Wir rufen die Tarifpartner auf, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

Wir wollen eine flexiblere Lebensarbeitszeit. Derjenige der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, soll dazu die Möglichkeit erhalten, ohne daß dadurch die Gesamtbelastung der Solidargemeinschaft und der Wirtschaft erhöht wird. Die Tarifpartner sollten diese Lösung unterstützen. Wer länger arbeiten will, muß dazu die Möglichkeit haben.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Festigung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes müssen wir von den Bürgern Einschränkungen verlangen. Diese große Gemeinschaftsaufgabe können Regierung und Parlament nicht ohne die Mitarbeit der Verbände bewältigen. Wir fordern deshalb die Verbände dazu auf, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und über ihren jeweiligen Interessen das Gemeinwohl nicht zu vergessen. Die Probleme wiegen schwer: sie erfordern eine konzertierte Anstrengung aller.

Wir wollen Partnerschaft statt Klassenkampf.

Wir wollen eine ehrliche Sozialpolitik. Deshalb sagen wir vor den Wahlen die Wahrheit und gehen bei unseren Prognosen von realistischen Annahmen aus.

Wir wollen eine verlässliche Sozialpolitik.

Wir wollen mehr Eigenverantwortung des Bürgers auch in der Sozialpolitik.

Wir werden die Sozialpolitik gerechter gestalten, indem

wir die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentrieren.

3. Wir sichern Frieden und Freiheit

Frieden und Freiheit können wir in Europa und der Welt nur gemeinsam mit unseren Freunden im westlichen Bündnis erhalten. Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Freiheitsgemeinschaft, indem sie unsere Freiheit verteidigt. Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Friedensgemeinschaft. Sie verhindert durch ihre glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft Krieg und politische Erpressung. Bündnispolitik ist Friedenspolitik.

Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Wertegemeinschaft, weil sie die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie die Menschenrechte achtet und verteidigt.

Diese Werte verletzt die Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich, sondern auch überall dort, wo sie die Macht dazu hat. Darin liegt die wesentliche Ursache für die Gefährdung des Friedens.

Deswegen haben wir das moralische Recht und die politische Verpflichtung, uns gegen diese Bedrohung des Friedens, der Menschenrechte und der Grundwerte zu verteidigen.

Große Teile der SPD haben vergessen, für welche Werte wir eine starke Verteidigung brauchen. Wir fordern die SPD auf, sich eindeutig zu den Grundlagen und Zielen des westlichen Bündnisses zu bekennen und ihren politischen Neutralismus, der letztlich Ausdruck einer gefährlichen Wertneutralität ist, zu beenden.

Wir wollen friedliche Nachbarschaft. Friedliche Nachbarschaft kann aber niemals Anerkennung des Unrechts bedeuten, das in der Verweigerung der Menschenrechte und in der Vorenthaltung des nationalen Selbstbestimmungsrechts besteht. In der Wahrung und Fortführung des Erbes Konrad Adenauers treiben CDU und CSU eine Außenpolitik, die langfristig angelegt, historisch orientiert, für unsere Nachbarn berechenbar und zuverlässig ist. Unions-Außenpolitik war vom ersten Tag an Friedenspolitik.

Wir wollen Entspannung. Entspannungspolitik darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nur deshalb die Notwendigkeit der Entspannung gibt, weil Spannung besteht. Gerade deshalb ist es erforderlich, die Ursachen der Spannung in der Öffentlichkeit nicht zu leugnen, sondern offen darzulegen. Die einzige Ursache der Spannung ist die Tatsache, daß die Sowjetunion ihren militärischen Sieg dazu benutzt hat, dem anderen Teil Deutschlands und den Völkern Osteuropas ein Gesellschaftssystem und ein Militärbündnis aufzuzwingen, die beide von der Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhangs nicht in freier Entscheidung gewählt oder übernommen worden sind.

Wir fordern die Sowjetunion auf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die individuellen Freiheitsrechte der Menschen anzuerkennen. Bei der Erfüllung dieser Forderung gäbe es keine Notwendigkeit mehr für militärische Bündnisse oder für eine Nachrüstung. Die Atomwaffen könnten verschrottet und die Völker in Europa, im Bereich des Atlantischen- wie des Warschauer Paktes, von den drückenden Rüstungslasten befreit werden. Solange aber die Sowjetunion an ihrer Machtpolitik festhält, bei der sich der Wille zur Weltrevolution und imperialistisches Machtstreben verbunden haben, gibt es in der Welt

Spannungen und für uns die Notwendigkeit einer angemessenen Verteidigungsbereitschaft.

Wir wollen Abrüstung. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Unser wichtigstes aktuelles außenpolitisches Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau - unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

Der Doppelbeschluß der NATO ist ein Fahrplan zur Abrüstung. Sein Ziel ist der Abbau von real existierenden Raketen auf Seiten der Sowjetunion gegenüber bloß angekündigten Raketen auf Seiten der NATO. In einer Phase, wo die Festigkeit der amerikanischen und der deutschen Regierung auf Erfolge in Genf hoffen läßt, untergräbt die SPD durch ihr Abrücken vom Doppelbeschluß die westliche Verhandlungsposition und gefährdet unsere Sicherheit.

Der Erfolg der Union am 6. März beeinflußt deshalb entscheidend den Abrüstungserfolg in Genf. Denn nur eine stabile, von der Union geführte Regierung zerstört Spekulationen der Sowjetunion auf die Anerkennung ihrer Überrüstung und ist infolgedessen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es in Genf zu Verhandlungsergebnissen und damit zur Abrüstung kommt.

Wir verwirklichen Wehrgerechtigkeit. Ein Volk, das nicht zur Verteidigung entschlossen ist, verspielt mit der Freiheit auch den Frieden. Die allgemeine Wehrpflicht ist für unsere Verteidigung unerlässlich. Deshalb ist der Verteidigungsdienst die Regel, der Ersatzdienst die verfassungsmäßig abgesicherte

Ausnahme. Wir werden dafür sorgen, daß die Lasten für die Landesverteidigung gerecht verteilt werden. Wenn wir die Bereitschaft der jungen Menschen zu diesem Dienst stärken wollen, dann müssen alle für die Gemeinschaft in die Pflicht genommen werden. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Viele Jugendliche verstehen nicht, daß - durch das Versagen vorhergehender Regierungen - 4 von 10 eines Jahrgangs weder zum Wehrdienst noch zum Ersatzdienst herangezogen werden. Wir werden die bereits eingeleiteten Maßnahmen noch verstärken, um diesen Mißstand zu beseitigen. Dem Ziel einer größeren Wehrgerechtigkeit dient auch die Neuregelung des zivilen Ersatzdienstes, wie sie von der Regierung der Mitte vorgenommen wurde.

Wir bekämpfen mit unserer Entwicklungspolitik Armut und Hunger in der Welt und tragen zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität bei.

Der innere Friede wird in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt durch Armut, Hunger und krasse soziale Gegensätze bedroht. Dadurch entstehen immer wieder gewalttätige revolutionäre Auseinandersetzungen, die den Zielen des Weltkommunismus förderlich sind.

Wir unterstützen alle Bemühungen um Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte. Entwicklungshilfe hat nicht die Aufgabe, bestimmte Ideologien oder gesellschaftliche Systeme den Ländern der Dritten Welt aufzuzwingen, sondern unter Wahrung realistischer Maßstäbe Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Energie zu bezahlbaren Preisen sind zugleich wichtige Voraussetzungen, um den Ländern der Dritten Welt weiter helfen zu können.

Wir wollen keine Maßnahmen, die der Bereicherung einer Minderheit oder dem Gewinnstreben gewissenloser Geschäftemacher dienen. Wir wollen Projekte fördern, die geeignet sind, langfristig die wirtschaftliche Selbständigkeit der Entwicklungsländer zu fördern. Dabei müssen die wirtschaft-

lichen und politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als legitim anerkannt werden. Angesichts von über 2 Millionen Arbeitslosen in unserem Land werden wir dafür sorgen, daß in allen geeigneten Fällen deutsche Entwicklungshilfe auch für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitnehmer beschäftigungswirksam ist. Wir sind nicht bereit, Regime zu unterstützen, die mit ihren wenigen Finanzmitteln Waffen kaufen - besonders vom Warschauer Pakt - und von uns humanitäre Hilfe wie Nahrungsmittel, Medikamente und Konsumgüter erwarten.

Wir machen die westlichen Sicherheitsinteressen nicht zum alleinigen Maßstab unserer Entwicklungspolitik. Niemand aber kann verlangen, daß wir gegen unsere eigenen Lebensinteressen handeln oder Kräfte fördern, die uns feindlich gesonnen sind.

Staaten und Regierungen der Dritten Welt, die, auch in internationalen Gremien und Organisationen, politische Positionen beziehen und vertreten, die gegen deutsche Interessen gerichtet sind, können keinen Anspruch erheben, mit deutschen Steuergeldern unterstützt zu werden. Es muß gelten, daß auch in der Entwicklungshilfe der Freund vor dem Gegner bevorzugt wird.

Mit unserer Entwicklungspolitik aus politischer Verantwortung wie christlicher Verpflichtung leisten wir tätige Hilfe, um das Überleben von Millionen von Menschen sichern zu helfen. Nachdrücklich unterstützen wir neben der staatlichen Entwicklungshilfe auf diesem Felde die großen Leistungen der Kirche, die Aktivitäten freier Träger und privatwirtschaftliche Initiativen. Gerade für junge Menschen sehen wir in der tätigen Hilfe für die Dritte Welt eine sinnvolle und verpflichtende Aufgabe.

4. Wir halten am Ziel der deutschen und europäischen Einheit fest.
Wir vertreten die Interessen aller Deutschen.

Kontinuität in der Deutschlandpolitik ist für CDU und CSU nur möglich in einer Kontinuität der Freiheit und Einheit. Sie steht auf den Grundlagen, wie sie unter Konrad Adenauer

formuliert, in der gemeinsamen EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 bekräftigt worden sind. Das heißt für uns: die deutsche Frage nicht nur theoretisch offen zu halten, sondern für das deutsche Recht auf Einheit in Freiheit aktiv einzutreten. Hierbei geht es um das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, um den Fortbestand des deutschen Reiches nach geltendem Verfassungsrecht, um die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft, um die Verpflichtung zum gesamtdeutschen Bewußtsein und um das Ziel, die innerdeutsche Grenze, die keine Grenze im völkerrechtlichen Sinne ist, mit friedlichen Mitteln zu überwinden.

Für die Erhaltung und Pflege eines gesamtdeutschen Bewußtseins kommt mit Blick auf die Zukunft eines freien und vereinigten deutschen Vaterlandes der jungen Generation besondere Bedeutung zu. Dieser Notwendigkeit müssen die Schulen verstärkt Rechnung tragen.

Jede auf Nachgiebigkeit, Illusion und Vorleistungen aufgebaute Deutschlandpolitik ist wie in den letzten 13 Jahren zum Scheitern verurteilt. "Normal" ist für uns die Lage erst dann, wenn nationales Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Rechte und Freiheiten auch für alle Deutschen gelten.

Wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, dem Schießbefehl, dem Ausbau der Selbstschußanlagen an der Grenze, mit der Unterdrückung der Freizügigkeit und der Meinungsfreiheit niemals ab. Wir werden weiter auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt. Ganz Deutschland bleibt unser Vaterland.

Wir bekennen uns zur geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Verantwortung für ganz Deutschland. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bleibt das überragende Ziel unserer Politik. Wir fordern die SPD auf, geschlossen an diesem Ziel festzuhalten statt es in Frage zu stellen.

Wir werden beharrlich daran arbeiten, die deutsche Teilung auf friedlichem Weg und in Freiheit zu überwinden. Der Auftrag des Grundgesetzes bleibt für uns verpflichtend. Wir wollen die Folgen der Teilung - solange sie andauert - für die Menschen in Deutschland erträglicher machen. Das heißt: menschliche Kontakte im geteilten Deutschland auf vielfältige Weise und in größtmöglichem Umfang zustande bringen, - durch die Teilung bedingte menschliche Schicksale lindern, - die Lebensfähigkeit Berlins sichern.

Wir stehen zu allen Verpflichtungen aus der innerdeutschen Vertragspolitik - aber wir erwarten von der DDR das gleiche. Wir sind bereit, die vertraglichen Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit und Vertragstreue und mit dem Ziel praktischer Ergebnisse zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

Bei aller Bereitschaft, die Vertragspolitik mit der DDR fortzusetzen und auszubauen, werden wir nicht zulassen, daß diese Vertragspolitik als Zementierung der deutschen Teilung mißverstanden oder in diesem Sinne mißbraucht wird. Alle innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen sind - ebenso wie die Ostverträge - keine endgültigen Regelungen, sondern beschreiben nur einen vorläufigen Zustand, der eines Tages im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes gewaltlos überwunden werden soll: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden".

Aus ihrer nationalen Verantwortung heraus sind die Unionsparteien jenen Deutschen, die durch Vertreibung, Flucht oder Aussiedlung ihre Heimat haben verlassen müssen und sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland verdient

gemacht haben, besonders verpflichtet.

In der Europäischen Gemeinschaft haben wir eine dauerhafte Friedensordnung in Freiheit geschaffen. Ihr weiterer Ausbau zur politischen Union bleibt unser Ziel.

Über 50 Prozent des deutschen Exports gehen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft.

So ist sie eine Quelle unseres noch immer beachtlichen Wohlstandes. Ungehinderter Wettbewerb und verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern Investitionen und sichern Arbeitsplätze.

Die Europäische Gemeinschaft muß wieder voll handlungsfähig und ihren Aufgaben gerecht werden. Notwendige Reformen und Ergänzungen werden von uns vorgeschlagen.

Der Bürger muß die Europäische Gemeinschaft in voller Freizügigkeit erleben können.

5. Wir wollen eine Gemeinschaft mit einem menschlichen Gesicht

Die Verheißungen des Sozialismus sind zerronnen, seine Politik ist gescheitert. Die SPD glaubt in ideologischer Selbstüberschätzung an die Machbarkeit aller Dinge. Sie ist die Partei des allwissenden, dirigistischen Staats und hat damit die Entwicklung zum anonymen Betreuungsstaat und zu einer kalten, durchbürokratisierten Gesellschaft gefördert.

Wir bejahen den Fortschritt, aber wir wollen den Fortschritt in den Dienst des Menschen stellen. Wir wissen: es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt menschlichere Alternativen in der Industriegesellschaft.

Die große politische Aufgabe bis zum Ende dieses Jahrhunderts besteht darin, die moderne Industriegesellschaft mit einem menschengerechten Leben zu verbinden. Wir sind in unserer Entwicklung an einem Scheideweg angekommen. Wir müssen entscheiden, in welche Richtung wir weitergehen wollen:

- in Richtung mehr Staat, zu immer größeren Mammut-einheiten in Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern oder
- in Richtung überschaubare Einheiten, umkehren zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir wollen eine Gesellschaft der Freiheit und Solidarität. Wir garantieren die durch eigene Leistung erworbenen Ansprüche.

Wir wollen die sozialen Hilfen denen geben, die sie wirklich brauchen.

Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.

Wir wollen den Familienlastenausgleich verbessern. Diesem Ziel dient die familienfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts durch ein Familiensplitting: Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Das gilt auch für Alleinerziehende.

Leitbild unserer Politik ist die partnerschaftliche Familie. In der Familie lernen die Menschen Tugenden und Verhaltensweisen, die unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht geben: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung.

Wir wollen mehr familiengerechte Wohnungen fördern, die ein Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen. Wir halten es für falsch, immer mehr soziale Aufgaben, die in der Familie geleistet werden können, nur auf staatliche und andere Institutionen zu verlagern.

Wir wollen die Gleichberechtigung der Frau überall dort durchsetzen, wo sie noch nicht erreicht ist. Das gilt für erwerbstätige Frauen wie für Hausfrauen, für junge Mädchen und für ältere Frauen, für Frauen in der Politik und im öffentlichen Leben. So schaffen wir mehr Wahlfreiheit für Frauen und damit auch für Männer. Gleichberechtigung ist nur in Partnerschaft mit den Männern zu verwirklichen. Männer und Frauen gewinnen dadurch ein Mehr an Freiheit, ihren Lebensweg nach ihren eigenen Wünschen und Begabungen zu wählen. Unsere freiheitliche Gesellschaft kann Männern und Frauen kein Leitbild vorschreiben, sie muß vielmehr die Voraussetzungen schaffen, daß Aufgaben in der Familie ebenso wie eine Erwerbstätigkeit anerkannt werden und daß beide Bereiche Frauen und Männern offenstehen.

Deshalb müssen die Benachteiligungen für Frauen in der Arbeitswelt abgebaut werden durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine gerechtere Arbeitsplatzbewertung, besse-

re Aufstiegschancen und den Abbau überholter arbeitsrechtlicher Bestimmungen, die die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt unnötig einengen.

Erziehungsgeld, Partnerrente, die Anrechnung von Erziehungsjahren und die Gleichberechtigung beim Mutterschaftsgeld bleiben Ziele unserer Politik.

Leider hat die Mißwirtschaft der sozialistisch geführten Bundesregierungen seit 1969 die finanziellen Voraussetzungen dafür zerstört. Wir werden alles tun, um sie wieder herbeizuführen.

Wir wollen mehr Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, z.B. durch mehr Teilzeitarbeitsplätze und durch die Teilung von Arbeitsplätzen. Wir wollen die Chancen verbessern, nach einer Zeit für die Familie wieder im Beruf oder im ehrenamtlichen Bereich Fuß zu fassen.

Dazu müssen auch die Chancen für Frauen in der Politik verbessert werden. Wir brauchen die Wählerin und die Politikerin; deshalb überlegen wir eine Änderung des Wahlrechts nach bayerischem Vorbild, die dem Wähler mehr Wahlmöglichkeiten innerhalb einer Landesliste eröffnet.

Die Union ist Anwalt der älteren Mitbürger.

Wir machen eine solide Rentenpolitik. Durch unsere Politik haben wir die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Wir haben die Renten wieder sicher gemacht: zum 1. Juli 1983 steigen die Renten um 5,6 Prozent.

Die Rentner können sich auf uns verlassen: ihre Renten werden nicht gekürzt. Die Renten werden wie die Einkommen der Arbeitnehmer weiter steigen.

Renten sind keine Almosen. Sie sind Gegenleistung für die Lebensleistung der Rentner. Deshalb muß die Rente beitrags- und leistungsbezogen bleiben. Wir werden die Beziehungen zwischen Staat und Sozialversicherung ordnen und die Selbstverwaltung stärken.

Unsere älteren Mitbürger brauchen nicht nur eine gute Rente, sondern ebenso das Verständnis und die Zuwendung ihrer Mitmenschen, so wie wir Jüngeren nicht auf ihre Lebenserfahrung verzichten können. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, in der die Generationen wieder mehr aufeinander zugehen und sich gegenseitig helfen. Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie allen älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglicht.

In unserer Sozialpolitik hat die Sorge für die Kriegsgesamten, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt haben, einen besonders hohen Rang.

Wir wollen mehr Eigeninitiative und weniger Staat. Der Staat soll auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne, Vereine, die Familie oder freiwillige Zusammenschlüsse von Bürgern erfüllen können. Subsidiarität bedeutet Vorfahrt für die jeweils kleinere Einheit, bedeutet aber auch, daß der Staat die kleineren Einheiten in die Lage versetzt, ihre Aufgaben aus eigener Kraft zu erfüllen. Wir werden deshalb die

Vereine, die soziale, kulturelle und sportliche Aufgaben erfüllen, tatkräftig unterstützen.

Wir vertrauen auf den Bürgersinn. Gemeinsinn, Risikobereitschaft und Verantwortung für das Ganze sind unverzichtbare Tugenden einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Freiräume des Bürgers und der mittelständischen Unternehmen müssen erweitert werden, wo immer dies möglich ist. Gesetze und Verordnungen, die den Bürger sowie Städte und Gemeinden unnötig reglementieren, werden wir abschaffen. Wir wollen eine verständliche Sprache des Staates. Die Politiker und die Beamten sollen ihre Aufgabe in dem Bewußtsein erfüllen, daß sie Diener des Staates und seiner Bürger sind.

Wir wollen eine überschaubare und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraumes. Wir wehren uns gegen eine Gesellschaft, in der Kinder ihren Eltern entfremdet und durch Mammutschulen geschleust werden. Wir wollen menschliche und familiengerechte Wohnungen und keine menschenfeindlichen Wohnsilos. Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung.

Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der den inneren Frieden sichert. Voraussetzung für die Bewahrung des inneren Friedens sind Rechtssicherheit und soziale Gerechtigkeit. Der Schutz der Rechte des einzelnen ist nicht Selbstzweck, er ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft.

Wir werden auch in Zukunft nicht nachlassen, den Terrorismus mit den notwendigen rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen zu bekämpfen.

Ohne Rechtssicherheit gibt es keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit.

Der freiheitliche Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft sind und bleiben das Fundament für die persönliche Freiheit der Menschen, für den inneren Frieden unseres Landes und für den Wohlstand und die soziale Sicherheit unseres Volkes.

W A H L A U F R U F

Am 6. März 1983 sind die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu einer Entscheidung von geschichtlicher Tragweite aufgerufen. Es geht um Richtung und Weg der deutschen Politik in einer schweren Zeit. Wir brauchen eine stabile parlamentarische Mehrheit.

Die Union wird unser Land aus der Krise herausführen, die wirtschaftlichen Grundlagen festigen, die soziale Sicherung bewahren, die Freiheit nach innen und außen sichern und den Frieden erhalten.

CDU und CSU haben mit Bundeskanzler Helmut Kohl einen neuen Anfang für unser Land gemacht. Die Zuversicht unserer Mitbürger wächst. Die Menschen vertrauen uns, weil wir vor der Wahl die Wahrheit sagen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Die Regierung Helmut Kohl muß bleiben. Zu ihr gibt es keine Alternative.

Deshalb rufen wir alle Deutschen auf: Geben Sie am 6. März Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme der Union, damit es in unserem Land wieder aufwärts geht.

Herausgeber: CSU-Landesleitung
Nymphenburger Str. 64
8000 München 2

Druck: Druckhaus Fritz König
Stahlgruberring 24
8000 München 82
Tel. 089/42 30 17